

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die formelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie), Brüssel, 26. September 2024**

Österreich (AT) wurde bei der Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit durch Bundesminister Univ. Prof. Dr. Martin Kocher vertreten. Seitens der Europäischen Kommission waren GD Kerstin Jorna (DG GROW) und GD Olivier Guersent (DG COMP) anwesend. Den Vorsitz führte der ungarische Minister für Wirtschaftsstrategie, Industrie, Finanzmittel und agroökonomische Analyse Hr. Máté Lóga.

Zu Beginn der Sitzung stand die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf der Tagesordnung. Es erfolgte eine Gesamtbewertung des kurz davor veröffentlichten Berichts von Mario Draghi mit dem gleichlautenden Titel „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“. Diskutiert wurde dabei vor allem welche Elemente dieses Berichts in einer zukünftigen EU-Industriepolitik berücksichtigt werden sollten. Aus AT Sicht seien dabei vor allem vier Bereiche besonders hervorzuheben: Es brauche umfangreiche Vereinfachungen in der Bürokratie und bei unternehmerischen Berichtspflichten. Für den oft geforderten Produktivitätsschub sei zudem ein neuer Ansatz bei Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung erforderlich. Dazu müsse das Verhältnis zwischen Produktions-Input und Produktions-Output zum Vorteil der EU angepasst werden. In diesem Zusammenhang müsse man auf EU-Ebene politischen Maßnahmen Vorrang einräumen, die Innovationen vorantreiben und einen Beitrag zur Resilienz und strategischen Autonomie in kritischen Sektoren wie Halbleiter, Life Science, Automotive, Energie- und Umwelttechnologien leisten. Hinsichtlich Finanzierung wurde ergänzt, dass privates Kapital besser mobilisiert werden müsse, insbesondere Risikokapital. Betont wurde aber auch, dass AT eine dauerhafte und weitere Vergemeinschaftung von Schulden in der EU ablehne. Im Bereich der Energie- und Industrietransformation seien schließlich wettbewerbsfähige Energie- und CO<sub>2</sub>-Preise, beschleunigte Genehmigungsverfahren für

wichtige Energie- und Mobilitätsprojekte sowie der rasche Ausbau der Netzinfrastruktur erforderlich.

Die EK (GD Jorna) betonte, dass viele der im Draghi Bericht erwähnten Empfehlungen sich bereits in den politischen Leitlinien und Mission Letters der Kommission widerspiegeln würden. Im Rahmen des zukünftigen Mandats werde der Fokus noch mehr auf besonders betroffene Sektoren gelegt werden. Einiges sei bereits in der Vergangenheit gelungen. So stünde die Umsetzung von wichtigen Legislativdossiers wie dem Net Zero Industry Act (NZIA) und dem Chips Act unmittelbar bevor. Draghis Vorschläge zu Halbleitern und schnelleren Genehmigungsverfahren seien z.B. durch die darin enthaltenen Fast-Track-Verfahren abgedeckt. Zum Thema kritische Rohstoffe wurden schließlich die bis dato 170 eingereichten Projektanträge im Rahmen des Critical Raw Materials Act (CRMA) hervorgehoben.

In weiterer Folge gab es eine Orientierungsaussprache zum Rahmen für staatliche Beihilfen und dessen Beitrag zu den politischen Zielen der EU. AT betonte dabei, dass zur Erhaltung und Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der zeitgleichen Erreichung der ambitionierten Ziele des doppelten Wandels, Verfahrensvereinfachungen und Beschleunigungen im staatlichen Beihilferahmen erforderlich seien. Prüfverfahren von Beihilfemaßnahmen, die zwar aufgrund ihrer Größenordnung ex-ante der EK zu notifizieren seien, jedoch die Kriterien diverser Beihilfeleitlinien der EK erfüllten, etwa der IPCEI-Mitteilung oder des Beihilferahmens für Forschung, Entwicklung und Innovation (F&E&I), müssten zügig erfolgen, ohne zusätzliche Kosten oder zeitaufwendige Prozedere und Nachweispflichten zu verursachen. Daher sei eine Überarbeitung und Flexibilisierung des EU-Beihilferechts und dabei vor allem eine Erweiterung der förderbaren Kosten und Erleichterungen der Beihilfemöglichkeiten, insbesondere für IPCEI und F&E&I-Projekte begrüßenswert.

Am Nachmittag traten DE, AT, DK, PL, NL und FR für einen einheitlichen Ansatz zur Durchsetzung von EU-Standards im elektronischen Geschäftsverkehr ein. Zudem präsentierten CZ und LU ein von insgesamt 20 MS (darunter AT) unterstütztes Non-Paper über künftige Prioritäten für den Binnenmarkt.

Unter dem letzten TOP informierte der VS schließlich kurz über die Konferenz zum EU-Automobilökosystem, die am Vortag in Brüssel stattgefunden hatte. Im Zentrum der Veranstaltung sei der europäische Sektor für elektrische Fahrzeuge gestanden.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. November 2024

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister